

Dr. Axel Troost, MdB, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion „Die Linke“

Martin Mathes, wissenschaftlicher Mitarbeiter

Schwarz-rote Konjunktur- und Wachstumspolitik: Umverteilung von unten nach oben, kein gesellschaftspolitischer Gestaltungsanspruch und konjunkturpolitisch unwirksam

Im Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und SPD versprochen: „Mit gezielten Maßnahmen wollen wir die Konjunktur in Fahrt bringen.“ Öffentlichkeitswirksam hat Kanzlerin Merkel ein „Sofortprogramm für höheres Wachstum und mehr Beschäftigung“ im Volumen von 25 Mrd. € angekündigt. Das Finanzministerium kommentierte den schwarz-roten Haushaltsentwurf für 2006: Die Haushaltspolitik nehme Rücksicht darauf, dass das „noch labile Wirtschaftswachstum [...] einer zusätzlichen Stützung“ bedürfe (BMF 2006a, S. 6). Schwenkt Schwarz-Rot wirtschaftspolitisch um – weg von einer Politik der Angebotsorientierung und Umverteilung von unten nach oben, hin zu einer nachfrageorientierten Politik zur effektiven Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit? Eine genauere Analyse des Haushalts 2006 und der einzelnen Maßnahmen des „Sofortprogramms“ zeigt: Das ist nicht der Fall. Die schwarz-rote Konjunktur- und Wachstumspolitik setzt faktisch überwiegend auf der Angebotsseite der Wirtschaft an, ist verteilungspolitisch bedenklich und ohne gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch. Zudem ist – vor dem Hintergrund der aktuellen Lage der Wirtschaft – zweifelhaft, ob die Politik tatsächlich die erklärten Effekte auf Wachstum und Beschäftigung hat.

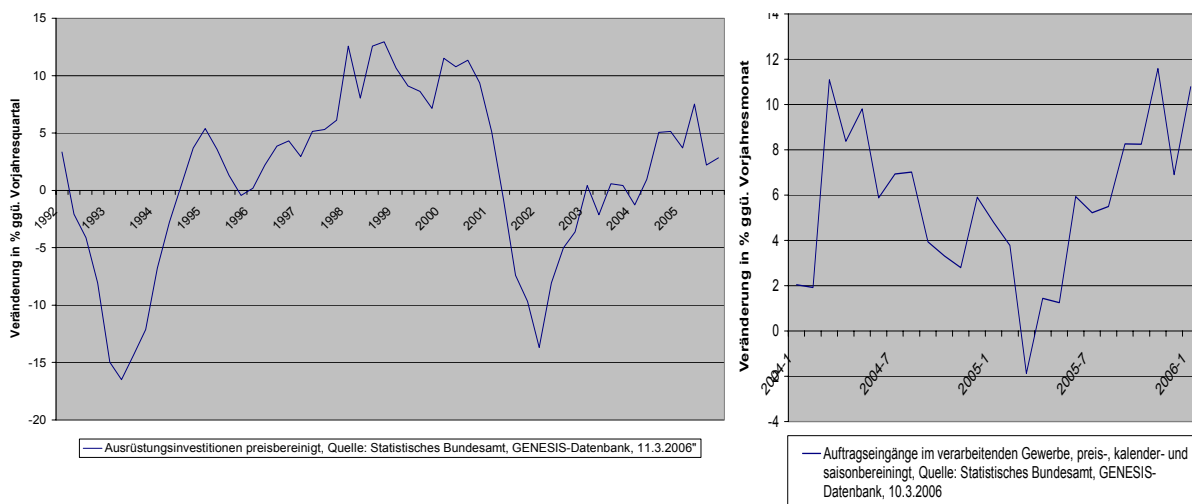
Konjunkturelle Aufhellung: fragil und auf niedrigem Niveau

„Geschäftsklima klettert auf Rekordhoch“ meldete die „Financial Times“ (24. Februar 2006), die BILD-Zeitung (15. Februar 2006) diagnostizierte, dass es „auch nach der Bundestagswahl wieder nix war mit dem Aufschwung“ – die Interpretation der konjunkturellen Situation im Frühjahr 2006 könnte widersprüchlicher kaum sein: Auf der einen Seite stehen optimistische Erwartungen auf Unternehmensseite und in gesamtwirtschaftlichen Prognosen. Der Geschäftsklima-Index des „Ifo Instituts für Wirtschaftsforschung“, das 7.000 Unternehmen nach der Bewertung ihrer aktuellen Lage und ihrer zukünftigen Geschäftsentwicklung befragt, erreichte im Februar den höchsten Wert seit 1991. Der Index des „Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung“, dessen Grundlage die Einschätzung von 300 Finanzmarktanalysten ist, stieg im Januar auf den höchsten Wert seit zwei Jahren. Der DAX – in dessen Höhe auch Erwartungen über die zukünftige Geschäftsentwicklung eingehen – erreichte mit zwischenzeitlich über 5.900 Punkten den höchsten Wert seit 2001. Die Frühjahrsumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages unter 25.000 Unternehmen ergab, dass erstmals seit Jahren deutlich mehr Firmen eine Aufstockung

ihrer Investitionen planen als eine Reduktion. Banken, Wirtschaftsforschungsinstitute und internationale Institutionen korrigieren ihre Prognosen über das BIP-Wachstum für das Jahr 2006 reihenweise nach oben – zuletzt im März das Kieler „Institut für Weltwirtschaft“ von 1,5% auf 2,1%.

Welche „harten Daten“ oder tatsächliche wirtschaftliche Trends der letzten Monate können Grundlage dieser optimistischen Unternehmens-Erwartungen und gesamtwirtschaftlichen Prognosen sein? Tatsächlich haben sich in den letzten Quartalen die Ausrüstungsinvestitionen und Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe tendenziell positiv entwickelt (vgl. Abb. 1), was bei Trendbetrachtung für einen weiteren Anstieg des BIP-Wachstums spricht.

Abb 1: Entwicklung Ausrüstungsinvestitionen und Auftragseingänge

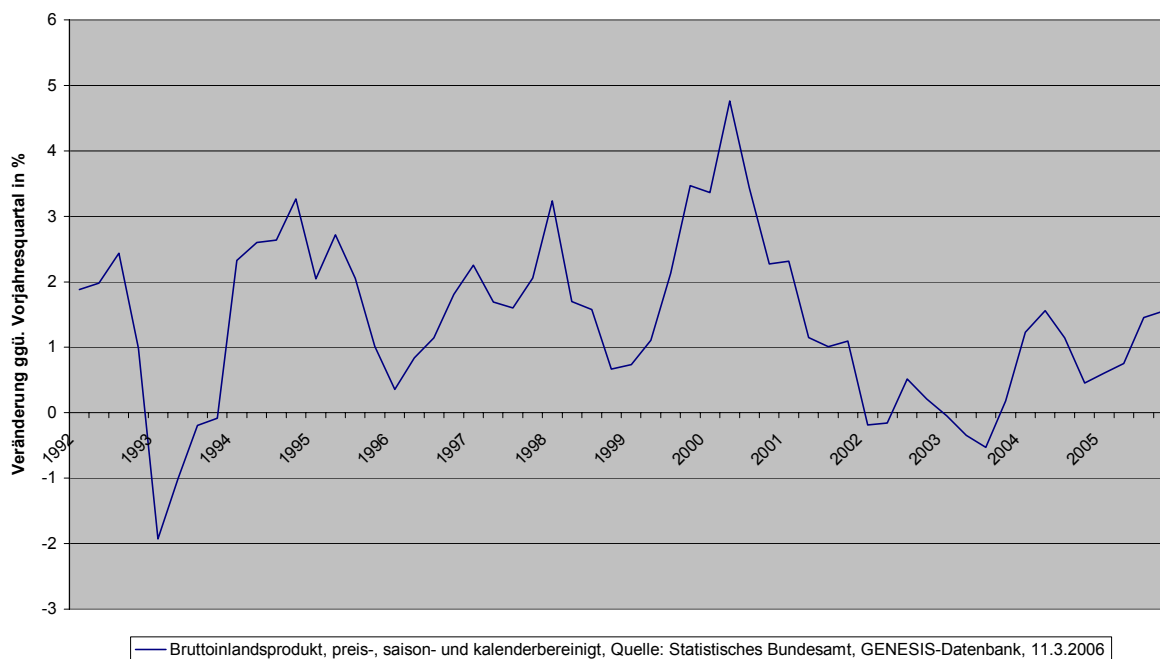


Ein weiterer Faktor, der die optimistischen Erwartungen der Unternehmensseite – nicht aber unmittelbar die optimistischen BIP-Prognosen und die Investitionsabsichten – fundieren kann, ist die Entwicklung der Gewinne im Unternehmensbereich. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind im Jahr 2005 um 6,1% gestiegen (vgl. Statistisches Bundesamt 2006b); besonders zugenommen haben die Gewinne der großen Aktiengesellschaften. Die Dividenden, die alle im DAX vertretenen Unternehmen ihren Aktionären zahlen, sind um 42 % auf 21 Mrd. € gestiegen (vgl. Handelsblatt 2.3.2006).

Andere Daten lassen nur verhaltenem Optimismus zu: Die Wachstumsraten des BIP der letzten Quartale lassen einen weniger eindeutigen Trend erkennen und bewegen sich auf einem – auch für die jüngere Vergangenheit – relativ niedrigen Niveau (vgl. Abb. 2).¹

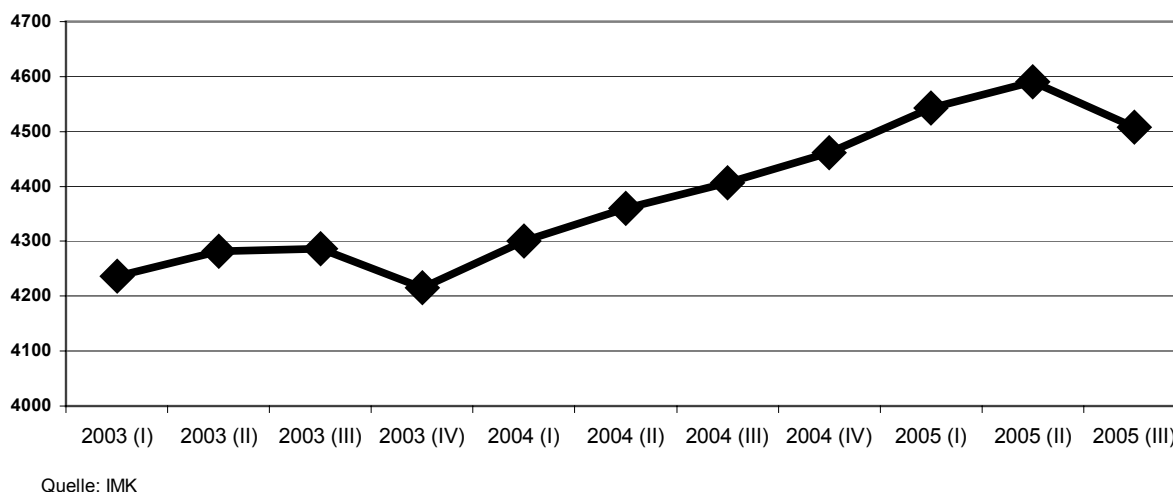
¹ Bei der Interpretation von Abb. 2 sind Sonderfaktoren zu berücksichtigen, die insgesamt dazu führen, dass statistischen Angaben für das letzte Quartal 2005 das tatsächliche Wachstum eher unterschätzen. Weil die ersten Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes nach Ende eines Quartals auf Grundlage einer noch unvollständigen Datenbasis insbesondere über den privaten Konsum erstellt werden, hat das Statistische Bundesamt in der Vergangenheit seine anfänglichen Angaben öfter nach oben revidiert. Außerdem ist zu vermuten, dass viele Unter-

Abb. 2: Entwicklung Bruttoinlandsprodukt



Die – um Hartz IV-Sondereffekte bereinigte – Zahl der registrierten Arbeitslosen ist zuletzt zwar zurückgegangen (vgl. Abb. 3). Sie lag im Jahr 2005 insgesamt aber noch deutlich über dem Niveau der Vorjahre – ein gefestigter Trend ist somit bislang nicht erkennbar.

Abb. 3: Korrigierte Arbeitslosenzahl in 1000



Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Situation unserer Auffassung nach am ehesten als erste leichte, teils noch fragile, konjunkturelle Belebung einzuordnen. Aber: Bei einer solchen Feststellung darf eine Wirtschaftspolitik nicht stehen bleiben, die als Ziel einen nachhaltigen Abbau

nehmen Investitionen in das erste Quartal 2006 verschoben haben, um die vergünstigten Abschreibungsmöglichkeiten nutzen zu können.

der Massenarbeitslosigkeit versprochen hat. Eine konjunkturelle Aufschwungtendenz festzustellen und dann das Problem der Massenarbeitslosigkeit als weitgehend gelöst zu betrachten, ist bestenfalls naiv. Vielmehr müssen auch langfristige Trends und der gesamtwirtschaftliche Rahmen der zyklischen Entwicklung in den Blick genommen und bei der Formulierung der Konjunktur- und Wachstumspolitik berücksichtigt werden:

- In den letzten Jahrzehnten ist im langfristigen Trend die BIP-Wachstumsrate gefallen, während die Zahl der Erwerbslosen gestiegen ist. Beide Größen schwankten mit der konjunkturellen Entwicklung um diesen steigenden Trend. Die aktuelle konjunkturelle Situation gibt keinerlei Anlass zu der Hoffnung, dass sich diese Entwicklung – zyklisch fluktuierende Massenarbeitslosigkeit auf trendmäßig steigendem Niveau – ändert: Auch gegenwärtig sind die BIP-Wachstumsraten im langfristigen Vergleich vergleichsweise niedrig. Sie liegen in etwa in Höhe der „Beschäftigungsschwelle“, ab der ein BIP-Wachstum zu einem Beschäftigungsanstieg führt.² Eine Verstärkung der Aufschwungtendenz würde – wie in den jüngsten Zyklen – zwar zu einer moderaten konjunkturbedingten Reduktion der Erwerbslosigkeit führen. Die Massenarbeitslosigkeit würde damit aber weder nachhaltig, noch im notwendigen Umfang abgebaut.
- Die konjunkturelle Belebung findet in einem gesamtwirtschaftlichen Umfeld statt, das durch massive Ungleichgewichte in zentralen Bereichen der Volkswirtschaft gekennzeichnet ist und das damit die Fragilität der konjunkturellen Belebung verstärkt: Im Jahr 2005 belief sich der Außenhandelsüberschuss auf einen Nachkriegs-Rekordwert von 160,5 Mrd. € (vgl. Statistisches Bundesamt 2006a) und war damit – neben der sich erholenden Investitionstätigkeit – der entscheidende Motor des BIP-Wachstums. Fragil bleibt diese Komponente nicht zuletzt deswegen, weil unklar ist, wie lange die Handelspartner der BRD diese Entwicklung hinnehmen, die eine Belebung der bundesdeutschen Wirtschaft auf Kosten der Partnerländer bedeutet.

Zudem stiegen im Jahr 2005 die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 6,1 % auf 556 Mrd. €, gleichzeitig sank das Arbeitnehmerentgelt³ um – 0,5 % auf 1.129 Mrd. € (vgl. Statistisches Bundesamt 2006b). Zum ersten Mal in der Geschichte der BRD ging damit das Arbeitnehmerentgelt absolut zurück. Auch mittelfristig ist eine Verteilungs-Schiefelage festzustellen. Abb. 4 verdeutlicht, dass von 2002 bis 2006 die

² Dies stellt einen Erklärungsfaktor dafür dar, dass sich die leichte Belebung nicht auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Alternativ kann argumentiert werden, dass sich die Beschäftigung auch in vergangenen Zyklen zeitlich verzögert im Verhältnis zu den Produktionskennziffern entwickelt hat (vgl. Kromphardt 1993, S. 17). Dann wäre – bei Fortsetzung des aktuellen Trends in der Produktion – mit einem Anziehen der Beschäftigung noch zu rechnen.

³ Das Arbeitnehmerentgelt ist definiert als die Summe aller geleisteten Bruttolöhne und -gehälter sowie der tatsächlichen und unterstellten Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung u.a..

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 155 Mrd € steigen, das Arbeitsentgelt dagegen nur um 10 Mrd. €.

Abb. 4: Volkseinkommen und seine Aufteilung 2002 bis 2006

Jahr	Volkseinkommen		Arbeitnehmer-Entgelt	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
	in Mrd EUR	in %	in Mrd EUR	in Mrd. EUR
2002	20,34	1,3	8,05	12,29
2003	18,79	1,2	2,46	16,33
2004	58,34	3,6	3,37	54,97
2005	25,59	1,5	-5,68	31,27
2006	42,0	2,5	2,0	40,0
Summe	165,06	10,5	10,2	154,86

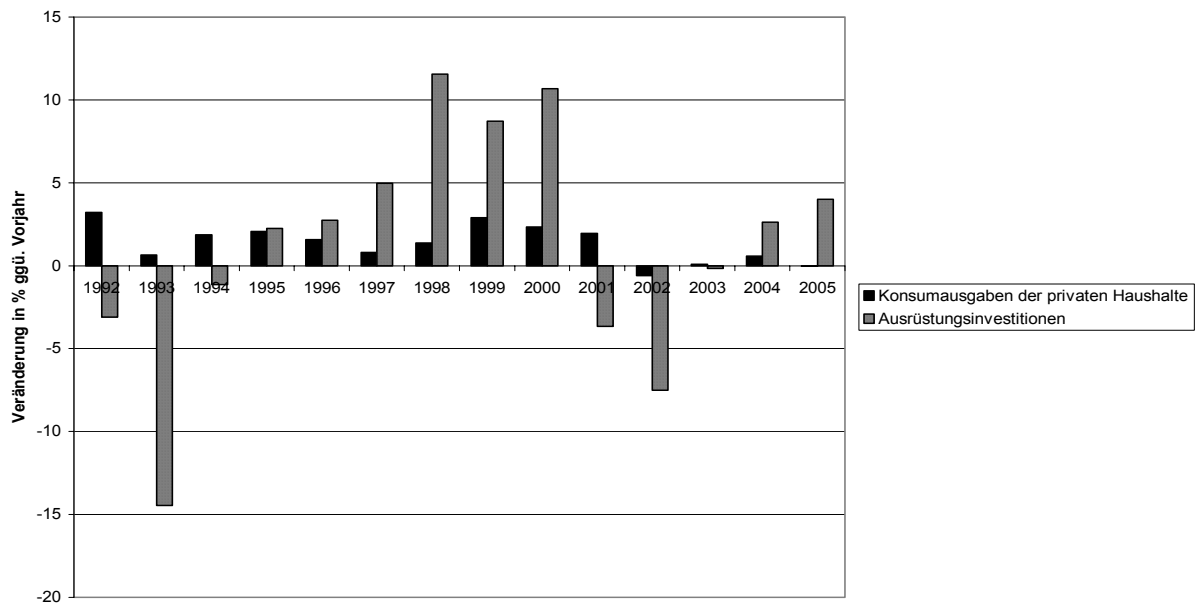
Quellen: Statistisches Bundesamt, VGR; Werte für 2006: Projektion Jahreswirtschaftsbericht

Entsprechend wenig Impulse lieferte damit der private Konsum für die aktuelle konjunkturelle Entwicklung. Abbildung 5 verdeutlicht, dass die Steigerungen der Konsumausgaben der privaten Haushalte seit 2000 relativ schwach ausfallen – sowohl im Vergleich mit der Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen im selben Zeitraum, als auch im Vergleich mit der Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte in den 90er Jahren.⁴

Zuletzt ist festzustellen, dass im Jahr 2005 das Volumen der staatlichen Investitionen mit 29 Mrd. € bzw. 1,3% des BIP auf einem langjährigen Tiefststand (vgl. Statistisches Bundesamt 2006c). Damit trägt diese BIP-Komponente ebenfalls wenig zur konjunkturellen Aufhellung bei.

⁴ Ein weiterer Erklärungsfaktor für die Konsumzurückhaltung ab 2002 stellt der Sondereffekt aufgrund der Euro-Bargeldeinführung dar.

Abb. 5: Entwicklung Konsumausgaben und Ausrüstungsinvestitionen



Damit ist der Hintergrund skizziert, vor dem die schwarz-rote Wachstums- und Beschäftigungspolitik zu beurteilen ist: Sind „Sofortprogramm“ und Haushaltsentwurf 2006 in dieser Situation effiziente wachstums- und beschäftigungspolitische Instrumente zur Stützung der konjunkturellen Belebung und zum nachhaltigen Abbau der Massenarbeitslosigkeit? Ist die leicht positive konjunkturelle Entwicklung sogar ein erster Erfolg der schwarz-roten Konjunkturpolitik? Zweifel sind angebracht: Zum einen ist das Volumen der expansiven Maßnahmen des „Sofortprogramms“ konjunkturpolitisch zu niedrig – werden die im Koalitionsvertrag vereinbarten kontraktiven Maßnahmen gegen gerechnet, ist die schwarz-rote Haushaltspolitik per saldo kontraktiv. Zum anderen konzentriert sich das „Sofortprogramm“ auf Maßnahmen, deren konjunkturpolitischer Effekt in der skizzierten Situation fragwürdig sind.

Schwarz-rote Haushaltspolitik: Per saldo kontraktive Wirkung

Die 25 Milliarden € des „Sofortprogramms“ sind im Bundeshaushalt über einen Zeitraum von vier Jahren verteilt, das jährliche Volumen liegt also bei gut 6 Mrd. € im Durchschnitt, 2006 bei nur 3,5 Mrd. € (BMF 2006a, S. 6). Dies stellt die Nachfragewirkung dar, die vom „Sofortprogramm“ *unmittelbar* ausgeht.⁵ Dieser expansiven Nachfragewirkung stehen kontraktive Wirkungen einer Vielzahl weiterer wirtschaftspolitischer Maßnahmen gegenüber, die von Schwarz-Rot angekündigt wurden: So soll allein die Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes und der Versicherungsteuer ab 2007 ein steuerliches Mehraufkommen für den Bund in Höhe von bis zu 13,8 Mrd. € jährlich sicherstellen (Bundesregierung 2006a, S. 27) – mit entsprechenden kontrak-

⁵ Davon zu unterscheiden ist der makroökonomische Gesamteffekt, in dem zusätzlich die Folgereaktionen der Wirtschaftsakteure berücksichtigt werden.

tiven Wirkungen vor allem auf den privaten Konsum. Per saldo wird also trotz des „Sofortprogramms“ von den schwarz-roten Vereinbarungen im Koalitionsvertrag eine kontraktive Nachfragewirkung ausgehen. Im Jahr 2006, in dem die Mehrwertsteuererhöhung noch nicht greift und in dem – auch nach regierungsamtlicher Argumentation – die Konjunkturpolitik besonders expansiv sein sollte, ist dieser Saldo nur minimal positiv (vgl. BMF 2006b, S. 15, Tab. 2, mit Bezug auf Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen).⁶ Ähnlich analysiert auch die Financial Times das „Sofortprogramm“: „Der größte Teil dessen, was an wunderschönen Investitionen angekündigt ist, dürfte durch den Wegfall von Steuerausfällen, Zuschüssen oder Subventionen kompensiert werden. Von einem Schub für Wachstum und Beschäftigung bleibt dann herzlich wenig übrig“ (Financial Times, 3.1.2006).

Wird für 2006 nicht nur die konjunkturelle Wirkung des Maßnahmenpakets der Koalitionsvereinbarung isoliert betrachtet, sondern die konjunkturelle Wirkung, die von den Gesamthaushalten der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen 2006 insgesamt ausgeht, ergibt sich: Der „Staatsetat bremst schon 2006 die Konjunktur“ (Financial Times, 23.2.2006). Dabei wird die konjunkturelle Wirkung des Staatshaushaltes über das strukturelle – oder konjunkturbereinigte – Defizit gemessen. Dieses wird im Grundsatz ermittelt, wenn vom tatsächlichen Defizit die konjunkturbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben des Staates abgezogen werden.⁷ Dahinter steht die Hypothese, dass die Hinnahme konjunkturbedingter Mindereinnahmen und Mehrausgaben noch keine aktive Konjunkturpolitik darstellt, sondern lediglich den Verzicht auf eine prozyklische Haushaltspolitik. Das strukturelle Defizit verringert sich nach Berechnungen der Bundesbank 2006 „mäßig“ (Deutsche Bundesbank 2006, S. 49), was bei unveränderten transitorischen Elementen einen Rückgang der konjunkturbereinigten Verschuldung und damit eine – im Vergleich zum Vorjahr – kontraktivere Haushaltspolitik impliziert.⁸

⁶ Berechnungen von Wirtschaftsforschungsinstituten kommen zu dem Ergebnis, dass aufgrund der im November 2005 bekannten Umsetzungsplanungen aus den Maßnahmen der Koalitionsvereinbarung im Jahr 2006 ein kontraktiver Saldo resultiert (vgl. Hohlfeld/Horn 2005, Institut für Wirtschaftsforschung Halle 2005, Heilemann/Quaas/Ulrich 2006). Die Abweichung vom Ergebnis in BMF 2006b kann dadurch erklärbar sein, dass seit November 2005 die Umsetzungsplanungen der Koalitionsvereinbarung modifiziert wurden. Zudem gehen Institut für Wirtschaftsforschung Halle (2005) und Heilemann/Quaas/Ulrich (2006) von unplausibel hohen Netto-Einsparungsvorgaben für die Bundesagentur für Arbeit aus.

⁷ Vgl. Görgens/Ruckriegel/Seitz (2004), S. 387f. für eine Definition, die das strukturelle Defizit und das konjunkturbereinigte Defizit ineinssetzt. Die Bundesbank hingegen zieht zur Ermittlung des strukturellen Defizits vom konjunkturbereinigten Defizit zusätzlich noch transitorische Elemente des Defizits ab (vgl. Deutsche Bundesbank (2000), S. 34. Dies erschwert die Vergleichbarkeit der Angaben zum strukturellen Defizit.

⁸ Zum selben Ergebnis kommt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung und die Commerzbank (vgl. Financial Times 23.2.2006). Das Finanzministerium selbst ermittelt dagegen ein im Vergleich zu 2005 unverändertes strukturelles Defizit (vgl. BMF 2006b).

„Sofortprogramm“: Konjunkturpolitisch fragwürdiges Instrumentarium,...

Eine genauere Aufschlüsselung der einzelnen Maßnahmen des „Sofortprogramms“ findet sich in Abb. 6, jeweils mit den entsprechenden Haushaltswirkungen für den Bundeshaushalt.

Abb. 6: Aufgliederung der Maßnahmen des „Sofortprogramms“

Maßnahmenbereich	Haushaltswirkung Bund 2006–2009 (Mrd €)
Forschung + Entwicklung	6,0
Belebung der Wirtschaft, davon	9,4
• Anhebung AfA	4,36
• Ausweitung Ist-Besteuerung USt	0,76
• Verlängerung Investitionszulage	0,45
• CO2-Gebäudesanierungsprogramm	3,83
Verkehrsinvestitionen	4,3
Einführung Elterngeld	3
Haushalte als Arbeitgeber, davon	2,5
• Absetzbarkeit Kinderbetreuungskosten	0,7
• Absetzbarkeit Renovierung u.ä.	1,65
• Absetzbarkeit Betreuung Pflegebedürftiger	0,18
Gesamt	25,2
Quellen: BMF: Erläuterungen zum Haushaltsgesetz 2006 und Finanzplan des Bundes 2005 bis 2009 sowie zum Haushaltsbegleitgesetz 2006; Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung, BT-Drs. 16/643	

Dabei wird zum einen deutlich, dass die Bundesregierung auch solche Maßnahmen zum „Sofortprogramm“ rechnet, die primär andere Ziele – hier familienpolitischer Art – verfolgen. Mit der Aufnahme solcher Maßnahmen wurde also das ohnehin magere Volumen des „Sofortprogramms“ optisch vergrößert. Zum anderen lässt sich erkennen, dass ein großer Teil des „Sofortprogramms“ auf Maßnahmen entfällt, deren konjunkturpolitischer Effekt in der skizzierten ökonomischen Situation äußerst fragwürdig ist: Auf die Investitionsförderung über verbesserte Abschreibungsbedingungen entfallen 4,3 Mrd. € des Finanzvolumens des „Sofortprogramms“; werden die Mindereinnahmen bei Ländern und Gemeinden hinzuaddiert, belaufen sich die Kosten auf über 12,5 Mrd. €. Weitere 2,5 bzw. 5,5 Mrd. € kostet die steuerliche Förderung von Haushalten als Arbeitgeber. Mit der Schwerpunktsetzung auf eine steuerliche Förderung von Investitionen basiert ein großer Teil des „Sofortprogramms“ auf folgender wirtschaftstheoretischen Annahme: Verbesserte Abschreibungsbedingungen, die Steuererleichterungen für Unternehmen implizieren, führen zu höherer Liquidität der Unternehmen sowie zu geringeren Kosten und damit höheren Gewinnmargen zukünftiger Investitionen. Dies wiederum soll die Investitionstätigkeit der Unternehmen und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität vergrößern. Aber: Die Investitionstätigkeit der Unternehmen wird nicht nur durch die erwartete Ertragsrate bestimmt, sondern auch durch die Absatzerwartungen – um die erwartete Ertragsrate zu realisieren, müssen

die entsprechenden Produkte auch abgesetzt werden können. Das ehemalige Mitglied des Sachverständigenrats Jürgen Kromphardt bringt dies auf den Punkt: Veränderte Gewinnerwartungen können dann Investitionen beeinflussen, wenn „sich gleichzeitig die Absatzerwartungen verbessern, so daß die Renditeerwartungen von den erwarteten Mengen *und* dem erwarteten Stückgewinn her positiv verändert werden“ (Kromphardt 1993, S. 15, Hervorhebung im Original). Die Darstellung der ökonomischen Rahmenbedingungen zu Beginn des Textes hat aber gezeigt: Das Problem der deutschen Wirtschaft ist derzeit gerade nicht, dass die Gewinnmargen zu klein sind und Unternehmen deswegen nicht investieren. Das Problem ist, dass gerade die Erwartungen über die Absatzchancen auf dem Binnenmarkt relativ pessimistisch sein werden – aufgrund der Einkommensentwicklung der abhängig Beschäftigten und aufgrund der von Schwarz-Rot angekündigten Umsatzsteuererhöhung. In dieser Situation werden die erleichterten Abschreibungsbedingungen keine zusätzlichen Investitionen auslösen. Vielmehr werden Unternehmen, die ohnehin Investitionen planen, die Steuererleichterungen als Steuergeschenk „mitnehmen“.⁹

Das im „Sofortprogramm“ vorgesehene Instrumentarium ist also zu einem großen Teil einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zuzuordnen – mit der Konsequenz, dass der Effekt auf Wachstum und Beschäftigung aufgrund der zweifelhaften wirtschaftstheoretischen Grundlage äußerst fragwürdig ist. Die geplante Umsatzsteuererhöhung wird sich negativ gerade auf die schwächste Nachfragekomponente – die private Konsumnachfrage – auswirken. Schwarz-Rot wirkt damit konjunkturpolitisch kontraktiv und trägt massiv zu einer Verschlechterung der Erwartungen über die mittelfristigen Absatzmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt bei.. Zudem ist es naiv, sich allein von einer sich abzeichnenden konjunkturellen Aufhellung die Lösung des langfristigen Problems – um einen steigenden Trend schwankende Massenarbeitslosigkeit – zu erhoffen.

Statt der schwarz-roten Konjunktur- und Wachstumspolitik können vielmehr die folgenden Faktoren eine Erklärung für die konjunkturelle Aufhellung liefern: Konjunkturtheorien verweisen allgemein darauf, dass Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen – auch bedingt durch einen verstärkten Kostendruck in der Rezession – einen Anstoß für eine konjunkturelle Belebung geben können. Hinzu kommen spezifische Faktoren, die 2005 und 2006 zu einem Anstieg der Investitionstätigkeit bzw. einer konjunkturellen Aufhellung geführt haben können. So

⁹ Ein erwünschter konjunktureller Effekt kann jedoch vom verursachten zeitlichen Verschiebungen der Investitionstätigkeit ausgehen: Es werden u. U. ohnehin geplante Investitionen vorgezogen, um in den Genuss der Steuervergünstigung zu kommen. Dies ist dann konjunkturpolitisch sinnvoll, wenn davon ausgegangen wird, dass nach 2007 die Konjunktur robust genug ist, einen entsprechenden Investitionsrückgang zu verkraften, was jedoch aufgrund der geplanten Umsatzsteuererhöhung fraglich bleibt. Vgl. auch Haegert (2001): „Alle bisher durchgeführten empirischen Untersuchungen [...] belegen, daß Unternehmer sich bei ihren Investitionsentscheidungen nicht von steuerlichen Gesichtspunkten leiten lassen, sofern es sich nicht um ganz massive Vergünstigungen handelt. Einflüsse lassen sich höchstens hinsichtlich des Investitionszeitpunktes zwecks Ausnutzung zeitlich befristeter Fördermaßnahmen nachweisen.“

haben sich u.a. die großen Unternehmen nach dem Aktiencrash 2000 mittlerweile saniert, ferner ist der €-Wechselkurs wieder gesunken (vgl. Financial Times 1. und 2. März 2006). Und nicht zuletzt: Die medienöffentliche Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage hat sich geändert. Die „Frankfurter Rundschau“ (25. Februar 2006) diagnostiziert eine „Republik im Merkel-Hoch“, welches jedoch nicht durch die tatsächliche Politik von Schwarz fundiert sei. Warum gebe es dieses Hoch? – „Vermutlich weil heute diejenigen schweigen oder anders reden, die zuvor über Monate hinweg ein Katastrophen-Bild von Deutschland gezeichnet und damit das ständige Schröder-Tief herbeigeredet haben. Noch vor einem guten halben Jahr erzählte der Bundespräsident von dem vergeisenden Land, dem Kinder, Geld und Kompetenzen ausgehen, übertrafen sich Merkel, Clement, Westerwelle, bestimmte Medien und Wirtschaftsmanager beim Dramatisieren, dem Kleinreden der Vorzüge und dem Großreden der Probleme. Diese Depressiv-Macher der Nation schweigen jetzt oder reden gar ein vermeintliches Wachstum von 1,5 Prozent bereits zu einem Aufschwung hoch.“ Allgemeine Stimmungen und Erwartungen beeinflussen in einer von fundamentaler Unsicherheit über die Zukunft geprägten Welt auch das tatsächliche Verhalten der Menschen – Rückwirkungen der medienöffentlichen Meinung auf das Verhalten der Wirtschaftsakteure und damit auf die tatsächliche wirtschaftliche Lage sind daher durchaus plausibel.

...ohne gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch und mit verteilungspolitisch problematischen Effekten

Die Fokussierung auf steuerliche Erleichterungen zur Förderung privater Investitionen bedeutet auch, dass mit konjunktur- und wachstumspolitischen Maßnahmen kein politischer Gestaltungsanspruch verbunden ist. Dies steht im Widerspruch zu Positionen u.a. der Gewerkschaften Verdi (vgl. Verdi 2006) und IG Metall oder der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2005). Die dort formulierten Programme zeichnen sich vielmehr dadurch aus, dass wachstums- und beschäftigungspolitisch motivierte zusätzliche Staatsausgaben in solchen Bereichen vorgenommen werden, für die ein entsprechender Bedarf gesellschaftlich definiert wird. Verdi fordert z.B. ein Zukunftsinvestitionsprogramm im Volumen von 40 Mrd. € jährlich, das öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur in folgenden Bereichen verbessern soll:

Abb 7. : Verdi-Konzept für ein Zukunftsinvestitionsprogramm

Kinderbetreuung	7 Mrd. €
Bildung	8 Mrd. €
Hochschule und Forschung	6 Mrd. €
Gesundheit	3 Mrd. €
Verkehr	6 Mrd. €
Kultur	1 Mrd. €
Kanalisation	6 Mrd. €
Energie	3 Mrd. €
Insgesamt	40 Mrd. €

Quelle: Verdi 2006, S. 20

Der übergroße Teil des „Sofortprogramms“ – nämlich der beschriebene steuerpolitische Teil – lässt eine solche Verknüpfung von allgemeiner politischer Gestaltung und Wachstums- und Beschäftigungspolitik vermissen. Damit fällt das schwarz-rote „Sofortprogramm“ hinter die wirtschaftspolitische Diskussion der 70er Jahre zurück und ignoriert die seit den 80er Jahren formulierte Kritik an dieser Spielart der Konjunktur- und Wachstumspolitik, die ausschließlich ein quantitatives Wachstum, nicht aber dessen Qualität zum Ziel hat.

Das im schwarz-roten „Sofortprogramm“ überwiegend gewählte Instrumentarium lässt nicht nur einen gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch vermissen, es trägt zudem zu einer weiteren Umverteilung von unten nach oben bei. Zum einen entlasten die – konjunkturpolitisch fragwürdigen – Abschreibungsvergünstigungen Unternehmen weiter. Zum anderen werden auch bei den Maßnahmen unter dem Bereich „Haushalte als Arbeitgeber“ in der ersten Runde eher solche Haushalte entlastet, die über ein höheres Einkommen verfügen: Von der Absetzbarkeit von Ausgaben für Renovierungs-, Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten profitieren erst einmal die Haushalte unmittelbar, die es sich leisten können, ihre Wohnung von anderen renovieren zu lassen.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2005): Memorandum 2005: Sozialstaat statt Konzern-Gesellschaft, Köln 2005

Bundesregierung 2006a: Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2006

BMF 2006a: Erläuterungen zum Haushaltsgesetz 2006 und Finanzplan des Bundes 2005 bis 2009 sowie zum Haushaltsbegleitgesetz 2006, Internetquelle: http://www.bundesfinanzministerium.de/nsc_true/DE/Service/Downloads/IP/030__b.property=publicationFile.pdf

BMF 2006b: Deutsches Stabilitätsprogramm. Aktualisierung Februar 2006

Deutsche Bundesbank (2000): Zur Konjunkturbereinigung des staatlichen Finanzierungssaldos in Deutschland – ein disaggregierter Ansatz, in: Monatsbericht April 2000, S. 33-47

Deutsche Bundesbank (2006): Öffentliche Finanzen, in: Monatsbericht Februar 2006, S. 47-58, Frankfurt/M

- Deutscher Bundestag (2001): Wortprotokoll zur Öffentlichen Anhörung zu dem Antrag der F.D.P.-Fraktion „Abschreibungstabellen nicht ändern“
- Görgens, Egon/Ruckriegel, Karlheinz/Seitz, Franz (2004): Europäische Geldpolitik. Theorie, Empirie, Praxis. 4. Auflage, Stuttgart
- Haegert, Lutz (2001): Stellungnahme zum Antrag der F.D.P.-Fraktion „Abschreibungstabellen nicht ändern“, Anhang zum Protokoll der Öffentlichen Anhörung am 15.1.2001
- Heilemann, Ullrich/Quaas, Georg/Ulrich, Jens (2006): Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Haushaltspolitik des Koalitionsvertrages, in: Wirtschaftsdienst, H. 1/2006, S. 27-36
- Hohlfeld, Peter/Horn, Gustav (2005): Die deutsche Konjunktur zur Jahreswende 2005/2006: Chancen für einen moderaten Aufschwung (IMK-Report 5/2005)
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle (2005): Der Koalitionsvertrag aus finanzpolitischer Sicht (IWH-Pressemitteilung 43/2005)
- Kromphardt, Jürgen (1993): Wachstum und Konjunktur. Grundlagen der Erklärung und Steuerung des Wachstumsprozesses, 3. Auflage, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht
- Statistisches Bundesamt (2006a): Deutscher Außenhandel 2005: Ausfuhr + 7,5%; Einfuhr + 8,7 %, Pressemitteilung vom 8. Februar 2006
- Statistisches Bundesamt (2006b): Wirtschaftswachstum im Jahr 2005 exportgetragen, Pressemitteilung vom 12. Januar 2006
- Statistisches Bundesamt (2006c): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Fachserie 18 Reihe 1.2.), Wiesbaden
- Verdi (2006): In unsere Zukunft investieren für Arbeit, Bildung und ein besseres Leben